BDEW

2023 soll Wasserstoffjahr werden

[21.12.2022] Auf seiner Jahresabschluss-Pressekonferenz fordert der BDEW für 2023 eine Beschleunigung des klimaneutralen Umbaus sowie eine sichere Energieversorgung durch geringere Abhängigkeiten. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung stieg 2022 von 40,5 auf 44,6 Prozent.

Der Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) blickt laut den Worten seiner Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae auf ein bedrückendes Jahr zurück. „Wir haben vor Augen geführt bekommen, welch wertvolles Gut Energie ist und wie sorgsam wir damit umgehen müssen“, so Andreae. In kürzester Zeit seien Kohlekraftwerke wieder ans Netz gegangen. Das sei klimapolitisch schmerzhaft und es müsse so schnell wie möglich umgesteuert werden.

Kein russisches Gas mehr

Der Branche gelang es, die Gasspeicher zu füllen, die Energiepreisbremse umzusetzen und mithilfe des Staates die Gasimporteure zu stabilisieren. Letztlich führte das dazu, dass die Gasimporte aus Russland von 55 Prozent vor dem Krieg auf 20 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 und auf Prozent zum Jahresende sanken. Gleichzeitig wurden 15 Prozent weniger Gas durch mildere Witterung, aber auch durch Einspareffekte und preisbedingte Nachfragerückgänge verbraucht. Mit 866 Milliarden Kilowattstunden (kWh) war es der niedrigste Gasverbrauch seit 2014. Das sei erfreulich und helfe bei der Gasversorgung in diesem Winter.
Die Gesetzesgebung habe auch die Gewinnabschöpfung bei Energieunternehmen mit sich gebracht. Die wurden vom BDEW mitgetragen, auch wenn eine steuerliche Lösung sicher auch in Betracht gekommen wäre. Andreae warnte jedoch davor, dies zu einer dauerhaften Lösung zu machen: „Was wir uns vorstellen können, ist ein für Investitionen attraktiver Rahmen auf EU-Ebene, der solche Maßnahmen rechtlich nur für Krisenzeiten verankert.“ In diesem Zusammenhang plädierte sie auch für ein Monitoring des Gaspreisdeckels, damit man erkenne, ob sich dieser wirklich auf Preisentwicklung und Verbrauch auswirke und ob genug Gas nach Europa importiert würde. Sie wies auch auf den nächsten Winter hin, für den es gelingen müsse, die Speicher ohne russisches Erdgas zu füllen.

Kernkraftwerke gehen vom Netz

Dem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke über den April 2023 hinaus erteilte sie eine Absage, Von den Betreibern kämen ganz andere Signale, sie sähen darin keine realistische Option.
Andreae plädierte für ein Wasserstoffgesetz, das etwa klar regele, wann Überschussstrom für die H2-Produktion genutzt werden könne. Allein 2022 wurden gut drei Terawattstunden (TWh) Windkraft onshore in Deutschland abgeregelt. Der Regierung empfahl sie, Wasserstoff industriepolitisch anzuschauen.

„Gelingenshaltung“ in Behörden erwartet

„2023 muss einen neuen Schub bringen für Investitionen in erneuerbare Energien, in Wasserstoff, in wasserstofffähige Gaskraftwerke und Energienetze. Wichtig ist, dass im nächsten Jahr die Weichen gestellt werden für ein Marktdesign, in dem sich auch Investitionen in steuerbare Stromerzeugungskapazitäten lohnen. Wir brauchen schlankere Verfahren und Prozesse, wir brauchen

eine Gelingenshaltung bis in jede Amtsstube“, so Andreae.
Die Energiebilanzen für 2022 zeigten einen sinkenden Anteil von Erdgas von 15,4 Prozent auf 13,5 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung stieg von 40,5 auf 44,6 Prozent. Auch bezogen auf den Stromverbrauch ist der Anteil der erneuerbaren Energien spürbar gestiegen: Von 42 auf fast 47 Prozent – so viel wie in keinem Jahr zuvor. Damit wurde fast die Hälfte des Strombedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt.
Der Anteil von Braun- und Steinkohle wuchs ebenfalls von 28,3 Prozent auf 31,9 Prozent. Diese Entwicklung hat mit 260 Millionen Tonnen zu erstmals steigenden CO2-Emissionen der Energiewirtschaft seit vielen Jahren geführt. Damit liegt die Energiewirtschaft knapp über ihrem Sektorziel für 2022, das eine Minderung von 45 Prozent vorsieht, was 257 Millionen Tonnen entspräche.
Der größte Hemmschuh bei der Windenergie an Land seien nach wie vor fehlende Flächen: Zwei Prozent tatsächlich bebaubare Fläche des Bundesgebiets müssten bereits bis zum Jahr 2025 vollständig ausgewiesen sein und nicht erst 2032, wie von der Bundesregierung bislang vorgesehen. Sonst könne die Bundesregierung die nötigen und parallel im EEG festgelegten Ausbauziele bis 2030 nicht erreichen.

(ur)

Der BDEW-Jahresbericht zur Energieversorgung 2022 kann hier heruntergeladen werden.

Stichwörter: Politik, BDEW, Gaspreisbremse, Kernenergie, Windkraft